

Globale und regionale Ordnung

AFRIKAPOLITIK NACH DER BUNDESTAGSWAHL

Fünf Impulse

Henrik Maihack
November 2021



Deutschland kann sich im Rahmen der EU für eine strategischere, berechenbarere und kohärentere Afrikapolitik einsetzen. Hierdurch würde die Erreichung der Agenda 2030 wahrscheinlicher.



Die gemeinsame Stärkung von Impfgerechtigkeit, die Unterstützung bei der Anpassung an die Klimakrise vor allem im urbanen Raum und eine engere Zusammenarbeit beider Kontinente zu einem demokratischen Multilateralismus würden dies ermöglichen.

AFRIKAPOLITIK NACH DER BUNDESTAGSWAHL

Fünf Impulse



Die primär entwicklungspolitische Partnerschaft Deutschlands und der EU mit dem afrikanischen Kontinent kommt an ihr Ende, die migrationspolitische Partnerschaft ist keine und eine breitere außenpolitische Partnerschaft ist noch in der Entwicklung.



Für deutsche und europäische Außenpolitik stellt sich daher die Frage, welche konkreten politischen Angebote sie nach dem Ende der Ära Merkel dem afrikanischen Nachbarkontinent machen kann, die zukünftig besser mit den außen-, sozial- und wirtschaftspolitischen Prioritäten in den afrikanischen Partnerländern korrespondieren.



Hierzu gehört die gemeinsame Beantwortung globaler Zukunftsaufgaben. Das bedeutet keine Abwendung von der Entwicklungszusammenarbeit, würde diese aber außenpolitisch kohärenter auf jene Prozesse und Akteure in Afrika ausrichten, die für eine Zusammenarbeit zu genau solchen Zukunftsaufgaben heute und zukünftig am ehesten in Frage kommen.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:
<https://www.fes.de/referat-afrika/>

Afrika wird in diesem Jahrzehnt außenpolitisch eine wichtigere Rolle spielen als in den vergangenen Dekaden. Anderswo wird über die möglichen Auswirkungen globaler Megatrends noch als Problem der Zukunft diskutiert – in Subsahara-Afrika sind sie schon spürbar: Im Sahel sind die Temperaturen bereits bedrohlich gestiegen, was Dürren und damit auch Konflikte wahrscheinlicher macht. Demokratische Spielräume werden in Teilen des südlichen und östlichen Afrikas immer kleiner, wogegen sich eine junge Stadtbevölkerung wehrt, lautstark und in neuen Bündnissen. Bis 2030 werden 500 Millionen Arbeitssuchende in Afrika leben, von denen bisher die große Mehrheit im prekären informellen Sektor arbeitet. In Afrika entscheidet sich somit, ob das Pariser Klimaabkommen global solidarisch umgesetzt wird, ob die Ziele der Agenda 2030, des globalen Sozialvertrags im Rahmen der Vereinten Nationen, erreicht werden können und ob ein demokratischer oder ein autokratie-kompatibler Multilateralismus in Zeiten des Systemwettbewerbs erfolgreicher ist.

Das Abkommen von Paris, die Agenda 2030 und einen demokratischen Multilateralismus umzusetzen, sind außen-, aber auch innenpolitische Ziele der Bundesregierung. Die Zeit zur Erreichung dieser Ziele ist knapp. Afrika, das am wenigsten zur Klimakrise beigetragen hat und dessen Bevölkerung zu mehr als 50 Prozent nicht an die Stromversorgung angeschlossen ist, braucht Angebote, wie die Erreichung der globalen Klimaziele mit einer wirtschaftlichen Aufstiegsperspektive verbunden werden kann, auch in afrikanischen Ländern ohne Hochtechnologie. Es braucht dafür neue Entwicklungsmodelle, die faire Jobs schaffen und diejenigen sozial absichern, die im wachsenden informellen Sektor absehbar keine guten Arbeitsplätze finden können. Und weil sich zudem im Jahr 2020 über 70 Prozent aller Resolutionen des UN-Sicherheitsrats mit Afrika beschäftigten, wo derzeit allein sieben Blauhelmissionen aktiv sind – etwa in Mali, dem derzeit größten Auslandseinsatz der Bundeswehr, in der Demokratischen Republik Kongo oder im Südsudan –, entscheidet sich auch zwischen Bamako, Kinshasa und Juba die Zukunft von Auslandseinsätzen zur Sicherung von Frieden und Sicherheit.

Vor diesem Hintergrund stellt sich für die deutsche und europäische Außenpolitik die Frage, welche konkreten politischen Angebote sie nach dem Ende der Ära Merkel dem Nachbarkontinent machen kann, die zukünftig besser mit den außen-, sozial- und wirtschaftspolitischen Prioritäten in den afrikanischen Partnerländern korrespondieren. Gleichzeitig ist es überfällig, afrikanische Regierungen als primär außenpolitische Partner wahrzunehmen und für die gemeinsame Beantwortung globaler Zukunftsaufgaben zu gewinnen, als die sich diese auch selbst sehen. Das bedeutet keine Abwendung von der Entwicklungszusammenarbeit, würde diese aber außenpolitisch kohärenter auf jene Prozesse und Akteure in Afrika ausrichten, die für eine wertegebundene Zusammenarbeit zu genau solchen Zukunftsaufgaben heute und zukünftig am ehesten in Frage kommen. Nicht zuletzt braucht es zukünftig noch deutlichere Signale, dass Deutschland eine bewusste und konkrete Auseinandersetzung mit seiner kolonialen Vergangenheit von

Raubzügen und Verbrechen in Afrika zusichert. All dies sind Grundvoraussetzungen, um neues Vertrauen in Afrika bei Regierungen und Zivilgesellschaften aufzubauen, was wiederum Ausgangspunkt für die überstrapazierte Formel der »Partnerschaft auf Augenhöhe« ist. Deutschland kann sich für diese Ziele zukünftig strategischer, berechenbarer und kohärenter als in der Vergangenheit einsetzen. Die folgenden fünf Impulse sind keineswegs hinreichend, um diese Ziele zu erreichen, können aber Ansatzpunkte für eine kurz-, mittel- und langfristige politische Priorisierung bieten.

LONG COVID IN AFRIKA VERMEIDEN

Gleichzeitige Betroffenheit von Covid-19, aber ungleichzeitiger Zugang zu Impfstoffen in vielen Teilen der Welt – das ist die bisher größte akute Gerechtigkeitskrise des 21. Jahrhunderts. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie haben die meisten afrikanischen Länder härter getroffen als jede der großen internationalen Finanzkrisen seit 1997. Mehr als 30 Millionen Menschen in Afrika sind seit Beginn der Pandemie in extreme Armut gefallen, viele verloren ihre Arbeit, insbesondere Frauen. In Nigeria hat z. B. ein Fünftel der Erwerbsbevölkerung ihren Arbeitsplatz als Konsequenz der Pandemie verloren. Die Pandemie hat vor allem den sogenannten informellen Sektor in den wachsenden Städten des Kontinents getroffen, in dem die Mehrheit ohne Arbeitsvertrag oder Zugang zu einer Krankenversicherung arbeitet.

Ohne ausreichend Impfstoff wird es keine wirtschaftliche Erholung geben. Weniger als fünf Prozent der Bevölkerung des afrikanischen Kontinents sind bisher geimpft. Die Umsetzung der Agenda 2030 rückt allein dadurch in weite Ferne. Kurzfristig muss daher der Zugang zu Impfstoffen auf dem afrikanischen Kontinent schnellstmöglich gewährleistet werden. Bisher profitierte Afrika weder ausreichend von einer global koordinierten Verteilung von Impfstoff durch die dafür zuständige COVAX-Initiative noch vom internationalen Markt für Impfstoff, weil Impfdosen rar und teuer bleiben. COVAX hat bisher weniger als 500 Millionen Impfungen von bisher knapp sechs Milliarden weltweit verimpften Dosen organisieren können. Dem Markt alleine hatte man übrigens auch bei der Herstellung eines Corona-Impfstoffes in Deutschland nicht getraut; diesen hat beispielsweise die Bundesregierung mit 750 Millionen Euro gefördert und danach die Impfung kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Die EU kann sich mehr Einsatz für den Kampf gegen Covid-19 in Afrika leisten. Nach der Finanzkrise von 2008 gaben öffentliche Haushalte allein in Deutschland mindestens 59 Milliarden Euro für die Bekämpfung der Bankenkrise aus. Weltweit allen Menschen ein Impfangebot zu machen, würde laut Center for Global Development (CGD) eine ähnliche Summe kosten: 50 bis 70 Milliarden US-Dollar, ungefähr 0,1 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung im Jahr 2021 (CGD, 11.6.2021). Weil weitere Virus-Mutationen, die sich in ungeimpften Gruppen besonders leicht entwickeln, enorm hohe wirtschaftliche Kosten weltweit auslösen, ist das für Europa sehr gut investiertes Geld. Diesbezüglich ist dem Wirtschaftshistoriker Adam Tooze nur zuzustimmen, der mit

Blick auf die bisherige Abwesenheit eines funktionierenden globalen Impfprogramms von einem »Versagen der Rationalität« spricht, weil für ein Programm mit einem geschätzten, allein wirtschaftlichen, globalen Nutzen von acht Billionen US-Dollar nicht einmal 50 Milliarden US-Dollar an Finanzmitteln aufgebracht werden können (New York Times, 17.9.2021). Jenseits des wirtschaftlichen Nutzens wäre ein gerechterer Impfungszugang eine Investition in internationale Solidarität, an die man sich in Afrika erinnern wird.

WAS TUN?

Bevor im globalen Norden auch außerhalb von Risikogruppen eine dritte »Booster-Impfung« verabreicht wird, braucht es im globalen Süden Erstimpfungen. Hierfür braucht es eine effizientere Exportförderung von Impfdosen aus dem globalen Norden und gleichzeitige finanzielle Unterstützung für den Aufbau von Impfproduktion in Afrika, wodurch passgenaue Lieferketten für den Gesundheitsschutz auf dem Kontinent entstehen. Eine solche europäisch-afrikanische Initiative würde nicht zuletzt politisches Vertrauen in der Zusammenarbeit beider Kontinente stärken, das während der Pandemie gelitten hat. Für eine solche Impfkampagne braucht es auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Akteuren, die etwa »Fake News« zu Impfrisiken bekämpfen, insbesondere in afrikanischen Autokratien, wo viele Menschen ihrer Regierung grundsätzlich misstrauen und daher zusätzliche unabhängige Informationen einfordern.

Die EU-Kommission hat angekündigt, zusätzliche Impfdosen für afrikanische Länder zur Verfügung zu stellen. Länder wie Kenia, Senegal und Südafrika bauen bereits eigene Impfproduktionen auf. Ein noch schnellerer Technologietransfer und zusätzlicher finanzieller Mittel zur Herstellung von Impfstoffen bleiben wichtig. So sollte auch eine vorübergehende Aussetzung des Patentschutzes diskutiert werden, wie eine Mehrheit der Mitglieder der Welthandelsorganisation und die Afrikanische Union (AU) argumentieren. Auch wenn eine Aussetzung des Patentschutzes nicht zwangsläufig die Verfügbarkeit von Impfdosen kurzfristig erhöht, würde sie mittelfristig die Pandemiebekämpfung und den Aufbau von Impfstoffproduktion in Afrika fördern.

Das Africa Centre for Disease Control (Africa CDC), welches der AU untersteht, zeigt seit Beginn der Pandemie kompetent auf, wie eine regional solidarische Pandemie-Politik aussehen könnte, wenn es die notwendigen technischen, lizenzrechtlichen und finanziellen Mittel gäbe. Expertise hat das CDC dafür auch aufgrund der Erfahrungen mit der Ebola-Pandemie.

MULTILATERALE ZUSAMMENARBEIT STATT GEOPOLITIK

Die afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung beschreiben die Interessenkonvergenz zwischen Europa und Afrika bei der gemeinsamen Gestaltung einer regelbasierten Weltordnung auf Basis der Agenda 2030 der VN und

der Agenda 2063 der AU. Beide Kontinente sind auf eine regelbasierte multilaterale Ordnung besonders angewiesen, weil es auf ihnen keine Staaten gibt, die ihre außenpolitischen Interessen fast im Alleingang im globalen Maßstab durchsetzen können, anders als an beiden Rändern des Pazifiks. Angesichts der geographischen Nähe und der gemeinsamen außen- und sicherheitspolitischen Interessen ist Europa ein in vielerlei Hinsicht naheliegenderer Partner für Afrika als China oder die USA.

In der Generalversammlung der VN verfügt die Gruppe afrikanischer Länder über mehr als ein Viertel aller Stimmen. Laut Agenda 2063 der AU wollen die 54 Mitgliedsstaaten zukünftig eine einflussreichere Rolle in multilateralen Institutionen spielen und fordern mehr Mitsprache im Sicherheitsrat. Auch Deutschland will über eine Reform des Sicherheitsrates an Einfluss gewinnen und einen demokratischen Multilateralismus stärken. Zudem streben sowohl die EU als auch die AU eine größere außenpolitische Souveränität an.

Die EU ist weiterhin mit Abstand wichtigster Handelspartner für Afrika, das 32 Prozent seines Außenhandels mit der EU tätigt. Europa wird hingegen zunehmend auf den Import von für die Energiewende notwendigen Rohstoffen wie Lithium oder Kobalt angewiesen sein, die oft aus afrikanischen Ländern importiert werden, deren Lieferkette jedoch bisher nicht ausreichend transparent ist. Ein Vorteil für eine zukünftig engere Zusammenarbeit beider Kontinente ist, dass die größten Märkte auf dem afrikanischen Kontinent nicht von autokratischen Regierungen kontrolliert werden, was eine multilateral orientierte Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen, etwa zwischen der AU und der EU, erleichtert.

Gleichzeitig haben afrikanische Länder mehr außenpolitische Optionen als früher. 39 von ihnen sind an der chinesischen »Neuen Seidenstraße« beteiligt. Auch wenn China jüngst die Kreditvergabe an den Kontinent reduzierte, bleibt die Volksrepublik wichtiger Finanzierungs- und Handelspartner für Afrika, mit dem 17 Prozent des afrikanischen Außenhandels abgewickelt werden. China wirbt auf dem Kontinent außerdem erfolgreich um Unterstützung in multilateralen Gremien, auch als größter Truppensteller für Blauhelmissionen unter den fünf permanenten Mitgliedern des VN-Sicherheitsrats. Weitere außenpolitische Optionen ergeben sich für afrikanische Regierungen durch die zunehmende Präsenz anderer internationaler Akteure. So versuchen etwa die Türkei, die Golfstaaten oder Russland oftmals gezielt Einfluss auf Regierungen solcher Staaten zu nehmen, die instabil sind, wie etwa Mosambik oder Mali, und die wirtschaftlich interessant für sie sind, etwa aufgrund ihres Rohstoffreichtums (Müller / Vorrath 2021: 93).

Allerdings wird Außenpolitik auch in Afrika nicht allein von Regierungen entschieden, sie ist zunehmend rechenschaftspflichtig nach innen. In repräsentativen Umfragen auf dem afrikanischen Kontinent sind die USA und China ungefähr gleich beliebt (vgl. Selormey, 3.9.2020). Diese Beliebtheit erstreckt sich aber offenbar nicht auf das chinesische Politikmodell, weil weiterhin deutliche Mehrheiten sich für eine demokratische Regierungsführung aussprechen. Zivilgesell-

schaftliche Netzwerke in Afrika werden über Grenzen hinweg einflussreicher und üben Druck auf die Außenpolitik ihrer Regierungen aus. Am Horn von Afrika werden Waffenkäufe aus den Golfstaaten von zivilgesellschaftlichen Netzwerken kritisiert. Vertreter_innen der Zivilgesellschaft in Ländern mit hoher Verschuldung in China sehen eine Hinwendung ihrer Regierungen nach Peking kritisch. Vertreter_innen der Zivilgesellschaft kritisieren aber auch ungerechte Handelsregime der EU, die etwa im Rahmen des Post-Cotonou-Abkommens nur mit einem Teil des Kontinents südlich der Sahara verhandelt, während die neue afrikanische Freihandelszone alle Mitgliedsstaaten der AU integriert.

Vor diesem Hintergrund wird der derzeitige starke Fokus auf Flucht und Migration und auf die Mobilisierung ausländischer Direktinvestitionen z. B. im Rahmen der von Deutschland unterstützten G20 Initiative »Compact with Africa« einer notwendigen Zusammenarbeit mit dem afrikanischen Kontinent in der Zukunft nicht gerecht. Afrikanische Partner setzen sich z. B. eher für eine größere Mobilität auf dem Kontinent (Tull/Zilla 2021) und die Einbindung in lokale und regionale Wertschöpfungsketten ein. Auch eine zu enge Orientierung an französischer Afrikapolitik mit ihrem starken Fokus auf Antiterrorkampf, der in der Bevölkerung oftmals unbeliebt ist (siehe unten), greift zu kurz und ist keine ausreichende Richtschnur für deutsche und europäische Afrikapolitik.

Es reicht für die deutsche und europäische Zusammenarbeit mit dem afrikanischen Kontinent nicht aus, diese als geopolitische Verortung im Wettbewerb zwischen China, den USA oder anderen Staaten zu konzipieren. Dies verstellt den Blick und wäre zudem außenpolitischer Paternalismus gegenüber einem Kontinent, dessen Länder die geschilderten außenpolitischen Optionen haben und die sich zunehmend als Partner für Außen- und nicht in erster Linie für Entwicklungspolitik sehen.

WAS TUN?

Nur wer Vereinbarungen trifft, die für Regierungen und Zivilgesellschaften auf beiden Seiten legitim sind, genießt langfristig Vertrauen und Glaubwürdigkeit. Die EU sollte hierfür konkrete Angebote machen, zum Beispiel für eine gemeinsame globale Gesundheitspolitik und für eine fairere Handelspolitik. Eine fairere Handelspolitik wird von afrikanischen Regierungen und Gewerkschaften schon lange gefordert, ist aber durch Subventionszahlungen in Europa z. B. im Landwirtschaftsbereich weiterhin erschwert. Faire Handelspolitik ist im geopolitischen Wettbewerb übrigens gleichzeitig europäische Interessenpolitik, eben weil der Kontinent inzwischen andere Optionen für Handelspartner hat. Daher sollte sich Deutschland in der EU dafür einsetzen, den Fokus auf regionalisierte Handelsabkommen zu beenden und stattdessen die afrikanische Freihandelszone unterstützen. Eine solche Unterstützung würde auch den Aufbau von Instrumenten zur Sicherung von Sorgfaltspflichten entlang von Lieferketten und ILO-Kernarbeitsnormen beinhalten, will sie auch »nach innen« legitim sein.

Im Gegenzug sollte sich die EU auf die Agenda 2063 der AU mit ihren Verabredungen zu Demokratie und Multilateralismus stützen und afrikanische Partner für diese Agenda stärker in die Pflicht nehmen. Dies würde bedeuten, dass die EU ihre Zusammenarbeit auf Länder konzentriert, in denen demokratische Spielräume respektiert werden und Machtwechsel durch Wahlen erfolgen. Wo dies nicht der Fall oder Demokratie bedroht ist, sollte zivilgesellschaftlichen Partnerschaften und humanitärer Hilfe der Vorzug gegeben werden, eine Form der Partnerschaft, die die Bundesregierung in ihren afrikapolitischen Leitlinien ohnehin anstrebt.

Für eine solche Priorisierung gibt es ein einmaliges Gelegenheitsfenster: Während im Kalten Krieg und dann ab 2001 im »Kampf gegen den Terror« vor allem auf Stabilität durch eine Unterstützung prowestlicher und meist autokratischer Exekutiven gesetzt wurde, lohnt sich heute ein neuer Schwerpunkt auf multilateral orientierte Demokratien und deren Zivilgesellschaften in Afrika. Eine solche Schwerpunktverlagerung könnte etwa zu einer intensivierten außen- und nicht in erster Linie nur wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit mit Kenia, Südafrika, Nigeria und Senegal führen. Diese Länder eint, dass Wahlen trotz aller Probleme bei deren Durchführung als Machtwechselmechanismus anerkannt sind, dass Judikativen sich Gehör verschaffen, dass es Amtszeitbegrenzungen gibt, dass eine lautstarke Zivilgesellschaft politische Spielräume nutzt und dass alle vier Länder sich für eine multilaterale Ordnung stark machen. Zunehmend den Fokus auf multilateral orientierte Partner mit demokratischen Machtwechselmechanismen und deren Zivilgesellschaft zu setzen, ist eine notwendige Neuorientierung deutscher und europäischer Zusammenarbeit mit dem Kontinent.

Weil die EU für eine solche Neuorientierung länger braucht als einzelne Mitgliedsstaaten, kann Deutschland vorangehen. Die Chancen auf politische Teilhabe würde dann zu einem stärkeren Kriterium für privilegierte Partnerschaften in der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik. Das ist in Afrika sogar leichter umzusetzen als in Asien, wo wirtschaftspolitische Interessen außenpolitische »Beinfreiheiten« derzeit stärker einschränken. Gleichzeitig kann auf einem Kontinent mit fast einer halben Milliarde Menschen in extremer Armut ein solcher Fokus nicht die wichtige entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den am wenigsten entwickelten Ländern des Kontinents ersetzen oder solchen, in denen Krieg herrscht. Aber auch hier sollte, neben einer Stärkung von humanitärer Hilfe, der Fokus auf solche Prozesse und Akteure gelegt werden, durch die demokratischer Wandel und Dialog wahrscheinlicher werden.

IN DER KLIMAKRISE PERSPEKTIVEN SCHAFFEN

Die Klimakrise ist in Afrika nicht eine zu vermeidende Zukunft, sondern bereits akute Gegenwart. Knapp 20 Prozent der Weltbevölkerung leben heute in Afrika, die aber weniger als fünf Prozent des globalen CO₂-Ausstoßes verantworten. Der afrikanische Kontinent hat am wenigsten zur Klimakrise beigetragen, laut African Development Bank

(ADB) liegen aber sieben der zehn am meisten vom Klimawandel betroffenen Länder in Afrika (Germanwatch 2021). Die Klimakrise wird diese besonders betroffenen Länder bis zu 15 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts bis 2030 kosten (Songwe 2021). Die Klimakrise macht auch gewalttätige Konflikte wahrscheinlicher, weil das Risiko für gewaltsame Konflikte um bis zu 20 Prozent für jedes halbe Grad Erwärmung zunimmt. Laut der World Meteorological Organization ist es in Afrika heute schon fast zwei Grad wärmer. Damit schränkt die Klimakrise die Verwirklichungschancen heutiger und zukünftiger Generationen in Afrika mehr als anderswo ein.

Um der Krise zu begegnen braucht es Ressourcen, die bisher nicht zur Verfügung stehen. Eine Anpassung an die Klimakrise wird afrikanische Länder laut ADB bis 2050 ca. 50 Milliarden US-Dollar jährlich kosten. Gleichzeitig fehlen laut Weltbank allein 290 Milliarden, um mit den Folgen der Covid-19-Krise umzugehen. Der Sparzwang öffentlicher Haushalte in Afrika im Zuge der aktuellen Wirtschaftskrise verstärkt Ungleichheit. Im globalen Norden wurden Einschränkungen zur Pandemie-Bekämpfung mit einem finanzpolitischen Zeitgeist des »*deficit spending*« kombiniert, hierfür fehlen in Afrika Ressourcen und oftmals politischer Wille, besonders von jenen Regierungen, die keine Abwahl befürchten müssen. Wirtschafts- und industriepolitische Spielräume braucht es zum Beispiel auch für den Aufbau der panafrikanischen Freihandelszone, damit diese nicht nur attraktiv für multinationale Unternehmen ist, sondern auch für Arbeitnehmer_innen. Wenn über die Ausgestaltung der afrikanischen Freihandelszone beraten wird, gehören Gewerkschaften, die in immer mehr Ländern auch den informellen Sektor repräsentieren, daher mit an den Verhandlungstisch.

In großen Teilen des afrikanischen Kontinents hat eine strukturelle Transformation der Wirtschaft, die gute Arbeitsplätze und Steuereinnahmen generieren würde, bisher nicht stattgefunden. Die Mehrheit der Afrikaner_innen arbeitet im informellen Sektor, in dem Einkommen volatil sind, meist weit unter den staatlichen Mindestlöhnen liegen und wo zudem nur eingeschränkter Zugang zu sozialen Sicherungssystemen besteht. Gleichzeitig verfallen staatliche Einnahmequellen: Die dringend notwendige Dekarbonisierung der globalen Energieproduktion führt absehbar dazu, dass Gas- und Ölexporte einer Reihe von afrikanischen Ländern einbrechen werden, die von diesen Einnahmen bisher abhängig sind. Gleichzeitig lassen einige Regierungs- und wirtschaftliche Eliten weiterhin auf intransparenten und oftmals illegalen Wegen staatliche Einnahmen im Ausland verschwinden, statt sie produktiv im Inland zu investieren. So geht das Wirtschaftswachstum vieler afrikanischer Staaten weiterhin nicht mit der Entstehung von formellen Arbeitsplätzen einher, während Einkommen in der Landwirtschaft von der Klimakrise betroffen sind, die Ernten gefährdet. Weltweit entkoppeln sich zudem Produktivität und der Bedarf an Arbeitsplätzen; dies betrifft vor allem Menschen ohne höhere Bildungsabschlüsse, und damit auf Afrikas Arbeitsmärkten die große Mehrheit der schon ab 2030 fast 500 Millionen Arbeitssuchenden.

Es zeigt sich, dass die alte »Entwicklungssequenz« in Afrika nicht mehr funktionieren wird: In Europa und Teilen Asiens führten zunächst die Steigerung landwirtschaftlicher Produktivität, die Ausweitung der Daseinsvorsorge und eine strategisch steuernde und schützende Industrie- und Handelspolitik dazu, dass Arbeitsplätze in exportorientierten Fabriken entstanden, die von internationaler Nachfrage und ausländischen Investitionen profitierten. Die Nachfrage nach diesen Arbeitsplätzen beschleunigte die Urbanisierung, erhöhte die Nachfrage nach Dienstleistungen und brachte manchmal eine gesellschaftspolitische sowie wirtschaftliche Pluralisierung mit sich; vor allem dann, wenn Arbeiterparteien und Gewerkschaften neue Freiheiten und bessere Löhne erkämpften. Dieses wirtschaftliche Modernisierungsmodell ist passé, war immer wieder von politischem Zwang begleitet und ist zudem klimaschädlich.

In Afrika gibt es weder die notwendigen handelspolitischen Freiräume noch die notwendigen Skaleneffekte oder die wirtschaftliche Produktivität, um die alte Sequenz nachzuahmen. Ausländische Direktinvestitionen haben auf dem afrikanischen Kontinent bisher nicht die erhofften Beschäftigungseffekte gezeigt. So zeigt etwa eine aktuelle Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, dass eine Million US-Dollar Auslandsdirektinvestitionen in Subsahara-Afrika weniger als drei Arbeitsplätze schaffen, weil diese bisher nicht ausreichend an lokale Wertschöpfungsketten angebunden sind (Kappel 2021). Der mit vielen Hoffnungen verbundene afrikanische IT- und Startup-Sektor beschäftigt lediglich eine Minderheit. Es gibt zu wenig gesamtwirtschaftliche Nachfrage, was auch durch den derzeitigen Fokus auf Berufsbildung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit nicht gelöst werden kann.

All das zeigt: Der afrikanische Kontinent kann sich von der alten Entwicklungssequenz wenig versprechen. Die Entwicklung einer fairen neuen Sequenz ist jedoch entscheidend für eine global gerechte sozialökologische Transformation.

WAS TUN?

Ein notwendiger dringender Schritt wäre daher zunächst eine »teilhabekonditionierte« Entschuldung von solchen afrikanischen Staaten, deren Verschuldung pandemiebedingt ein kritisches Level erreicht hat. Es lohnt sich, eine solche Entschuldung statt an fiskalpolitische Austerität diesmal an demokratische Beteiligung und beispielsweise sozialpolitische Innovation zu binden. Nur wenn Entschuldung nicht dem Regierungsapparat zugutekommt, sondern den Sozialvertrag stärkt, hilft sie den von der Krise Betroffenen. Deutschland kann über seinen Einfluss im Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank, im Rahmen der bevorstehenden G7-Präsidentschaft und im Rahmen der G20 hierauf größeren Einfluss nehmen. Die Einführung der globalen Mindeststeuer im Rahmen der G20 zeigt, dass ein gemeinsames Vorgehen der G20 auch im Kampf gegen Steueroasen möglich ist, in die weiterhin auch Geld aus Afrika verschwindet. Das Tax Justice Network Africa hat vielversprechende und konkrete Vorschläge gemacht, wie irre-

guläre Abflüsse von öffentlichen Geldern aus Afrika gestoppt werden können (vgl. Tax Justice Network Africa).

Ein weiterer Schritt wäre die Vereinfachung des dezentralen Zugangs zum Grünen Klimafonds, der laut Pariser Klimaabkommen jährlich 100 Milliarden US-Dollar zur Verfügung stellen soll, um Maßnahmen gegen die Klimakrise zu finanzieren. Ein solch verbesserter Zugang würde die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen erleichtern, die nicht allein afrikanischen Regierungen überlassen werden sollten, sondern auch Kommunen und Organisationen der Zivilgesellschaft. Diese profitieren bisher aber kaum davon, auch weil der Fokus weiterhin auf Verminderung von Emissionen in Afrika liegt, nicht auf Anpassung. Hier gilt es, offen zu argumentieren: In Afrika hat die Anpassung an den Klimawandel absolute Priorität, was angesichts von knapp 700 Millionen Menschen ohne Zugang zu Elektrizität, Staaten mit erheblichen Infrastrukturdefiziten und bisher lediglich im Aufbau befindlichen Exportindustrien wenig verwundern kann. Bei der CO₂-Minderung sollten hingegen andere vorangehen oder diese in Afrika pragmatischer unterstützen.

Am Ende dieses Jahrhunderts werden die drei weltweit größten Städte Lagos, Dar es Salaam und Kinshasa sein. Ein Bereich, der daher in Afrika erhebliches Potential für die Einsparung von CO₂ hat und wo in den nächsten Jahren der Bedarf an Finanzierung und Arbeitsplätzen wächst, ist der Aufbau von städtischer Infrastruktur. Schon heute entstehen 70 Prozent aller CO₂-Emissionen in Städten, umso wichtiger ist es, die urbane Infrastruktur in Afrika mit internationaler Unterstützung sozial und klimagerecht zu gestalten. Dafür, und damit verbunden für einen besseren Zugang zur Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen, kann sich die G7 unter deutscher Präsidentschaft 2021 besonders einsetzen.

Der Aufbau umfassender sozialer Sicherungssysteme für den informellen Sektor und Cash-Transfer-Modelle, wie sie in vielen Ländern bereits bestehen, ist nicht nur sozial und geschlechtergerecht, er würde auch Nachfrage generieren und damit lokale Wirtschaftskreisläufe stabilisieren. Hier kann deutsche und europäische Entwicklungspolitik eine Akzentverschiebung vornehmen hin zu sozialer Sicherung für den informellen Sektor, weil auch mittelfristig nicht alle die in diesem Sektor arbeiten eine Chance auf einen formellen Arbeitsplatz erhalten werden.

DIALOGANGEBOTE AUCH AN BEWAFFNETE

Staatlichkeit, Frieden und Sicherheit werden in Teilen des Kontinents von mehreren Seiten in die Zange genommen. In vielen autokratischen Regimen in Afrika, die mit internationaler Unterstützung aufgeblähte Sicherheitssektoren unterhalten, aber keinerlei Daseinsvorsorge organisieren, macht sozioökonomische Frustration es fundamentalistischen und separatistischen Strömungen leicht, Gefolgschaft zu organisieren. Wo der Staat kaum öffentliche Güter bereitstellt, werden andere Akteure attraktiver: Während einige radikale evangelikale Kirchen in Teilen Afrikas

Zulauf genießen, verzeichnen Jihadisten an der ostafrikanischen Küste und in der Sahelzone Geländegewinne. Hier nimmt Organisationsgrad und Gewaltbereitschaft jihadistischer Gruppen derzeit besonders zu. Lokale Anreize, sich einer bewaffneten Miliz anzuschließen, sind fast immer wichtiger für deren Dynamik als die Anerkennung als Ableger von Al Qaeda oder IS. Im Gegenteil, solche Akteure vor allem als »Franchise-Nutzer« von internationalen Terrormarken zu interpretieren, macht eine Lösung der Ursachen sogar schwieriger, weil dadurch der notwendige Fokus auf die multiplen lokalen Ursachen von Gewalt verblasst.

Wo sich soziale und politische Teilhabe verbessern, hat gewaltbereite Militanz weniger Chancen. Dialogangebote mit langem Atem auf lokaler Ebene, begleitet von einer besseren Ausstattung öffentlicher Daseinsvorsorge, sind aktive Friedenspolitik. Das heißt konkret, dass zum Beispiel der öffentliche Sektor vor allem auf dezentraler Ebene nicht durch Reformprogramme des IWF zum Sparen im Bildungs- oder Gesundheitsbereich gezwungen wird, während an anderer Stelle militärische Unterstützung geleistet wird, um Terror unwahrscheinlicher zu machen.

Die Ereignisse in Afghanistan 2021 haben deutlich gezeigt, dass in fragilen Staaten Training und Ausrüstung des Militärs durch internationale Akteure nicht ausreichen, um einen Zerfall der staatlichen Ordnung zu verhindern. Der Antiterrorkampf der internationalen Gemeinschaft fordert immer wieder zivile Opfer, was die Wut auf den Staat und dessen internationale Unterstützer unter marginalisierten Gruppen, wie etwa in der Sahelzone, erhöht. Heute fühlen sich in Teilen Malis, Somalias oder Burkina Fasos Menschen oftmals bedroht durch internationale Antiterrorkommandos, die bisher unzureichend zwischen Zivilbevölkerung und militärischen Gegnern unterscheiden. Die Indikatoren für eine funktionierende Stärkung von Sicherheitskräften müssten sich daher ändern. Nur wenn die Unterstützung von Sicherheitskräften demokratisch eingebettet wird und das Verhältnis von Staat und Bevölkerung messbar verbessert, weil zum Beispiel öffentliche Sicherheit auf lokaler Ebene erlebbar wird, sollte diese als erfolgreich angesehen werden. Nicht die Anzahl von Trainings für Militärs oder getötete Terroristen, sondern die Bewegungsfreiheit der Zivilbevölkerung wäre ein besserer Gradmesser des Erfolgs von »Train & Equip«-Maßnahmen der internationalen Gemeinschaft.

Die zivilgesellschaftliche Coalition Citoyenne Pour le Sahel forderte daher im April 2021 eine Umorientierung von militarisierter Terrorabwehr hin zu einem Schutz der Zivilbevölkerung und politischem Dialog (People's Coalition for the Sahel 2021). Politisch brenzlig wird es, wenn es darum geht, wer an einem solchen Dialog beteiligt sein soll, vor allem in Ländern, in denen fundamentalistische Akteure ganze Landesteile kontrollieren. Hier gilt es, den Schutz der Zivilbevölkerung klar zu priorisieren und pragmatischer vorzugehen: Die meisten bewaffneten Akteure, die substantielle Gebietskontrolle ausüben oder Governance-Leistungen anbieten, die der Staat derzeit nicht gewährleistet, müssen früher oder später in Dialoginitiativen eingebunden werden. Wenn man dies zunächst auf lokaler Ebene tut, stellt sich

auch die Frage nach der politischen Anerkennung weniger scharf. Ausgeschlossen werden sollten alle, denen es in erster Linie um einen globalen Jihad geht, was vermutlich nur für eine Minderheit gilt. Daher sollte die internationale Gemeinschaft statt über rote Linien lieber über die Unterstützung von solchen lokalen Akteuren und Räumen nachdenken, die eine Lösung derartiger Konflikte im Dialog erleichtern und Anreize zum bewaffneten Kampf verringern.

Lokale Dialoginitiativen können zudem zur Spaltung und damit Schwächung bewaffneter Gruppen führen, wenn sie konkrete Anreize zur Beteiligung für jene bieten, die sich aus Perspektivlosigkeit und Marginalisierung angeschlossen haben. Durch das Angebot von Amnestien und den Zugang zu Daseinsvorsorge für die Dialogbereiten werden radikalere Fraktionen schwächer.

WAS TUN?

Deutschland wird in Afrika weniger als geopolitischer Akteur wahrgenommen als die USA oder Frankreich. Das ist ein Vorteil. Ein Schwerpunkt auf Dialogangebote zur Einhegung von bewaffneten Konflikten, Peacekeeping und humanitäre Hilfe ist daher ein besonders glaubwürdiger deutscher außen- und entwicklungspolitischer Ansatz in Afrika. Eine solche Zielrichtung würde auf den afrikapolitischen Leitlinien der Bundesrepublik aufbauen und kann eine glaubwürdige europäische Aufgabenaufteilung, etwa mit Frankreich, festigen.

Zivilgesellschaftlich initiierte Dialoge sind manchmal effektiver als staatlich kontrollierte nationale Dialoge. Ein Dialogprozess, der zwischen verfeindeten Akteuren infolge der Frauenfriedenskonferenz in Kamerun im Juli 2021 begann, zeigt beispielhaft, welche Wirkung eine stärkere Einbindung von Frauen in Friedensprozesse haben kann.

Dialog dient aber nur dann einer langfristigen Stabilisierung, wenn er von Reformen des Sicherheitssektors begleitet wird. Nur wenn auch ein besonders fragiler Staat in der Fläche als Anbieter von Daseinsvorsorge und nicht als bewaffnete Bedrohung wahrgenommen wird, sinkt der Anreiz, sich bewaffneten Milizen anzuschließen. Hierfür braucht es aber in vielen Fällen weiterhin Absicherung durch regionale und kontinentale Akteure. Am Horn von Afrika, an der ostafrikanischen Küste und in der Sahelzone verlaufen Konflikte längst transnational. Nachbarn werden oft zu Spoilern von Friedensprozessen (Hansen / von Gienanth 2021). Umso wichtiger ist eine funktionsfähige regionale und kontinentale Sicherheitsarchitektur.

Die von der FES mit afrikanischen Expert_innen entwickelten Szenarien zur Zukunft der Sicherheitsarchitektur der AU weisen beispielsweise darauf hin, dass bei einer Flexibilisierung der militärischen Unterstützung durch die EU die Bedeutung der AU als koordinierender Akteur nicht geschmälert werden darf (FES AU 2020). Hier gilt es, kurz- und langfristige Stabilitätsinteressen gut zu gewichten und die AU als koordinierenden Akteur der Konfliktprävention und Transformation zu

stärken, auch wenn diese nicht in allen Kontexten gleich effektiv ist wie zuletzt im Tschad oder in Äthiopien. An diesem Ziel sollten sich auch Ad-hoc-Initiativen, etwa im Rahmen der neuen European Peace Facility, messen lassen.

Gewaltpräventiv werden weiterhin Friedenseinsätze der VN wirken, die es in der laufenden außenpolitischen Debatte von militärischen Ausbildungsmissionen zu unterscheiden gilt. Solche Friedensmissionen von Südsudan bis Mali schützen große Teile der Zivilbevölkerung und sichern humanitäre Zugänge. So zeigen zum Beispiel Umfragen der Friedrich-Ebert-Stiftung in Mali, dass dort, wo Menschen direkten Kontakt mit der VN-Friedensmission MINUSMA haben, deren Leistungen für den Schutz der Zivilbevölkerung in der Bevölkerung anerkannt sind (FES Mali 2021). Gleichzeitig gilt es, sich weiterhin für humanitäre Zugänge und Dialog in Konfliktregionen auszusprechen, wo diese derzeit nicht gewährleistet sind wie z. B. in Äthiopien.

PROTEST ERNSTNEHMEN UND EINBETTEN

Stabilität führt die Liste von Zielen deutscher und europäischer Afrikapolitik in einer zunehmend unruhigen Welt an. Woher diese Stabilität kommen soll, ist aber oft unklar. Lässt sich von Stabilität sprechen, wenn zwar vermeintlich politische Ruhe in einem Land herrscht, gute internationale Zugänge zu einer Regierung vorhanden sind und die Entwicklungszusammenarbeit fest mit Zielgrößen vereinbart ist – wo aber eine demokratische Ablösung der aktuellen Staatsführung kaum vorstellbar ist? Vermutlich nicht!

Wachsende Proteste in Afrikas Städten werden zu politischen Veränderungen führen. Dort, wo freie Wahlen stattfinden und zu Regierungswechseln führen, werden diese zunehmend im urbanen und nicht mehr im ländlichen Raum entschieden. Ein Blick auf Urbanisierungsdynamik, Demographie und Arbeitsmarktdaten reicht aus, um absehen zu können, dass bald der Protest in afrikanischen Städten immer lauter werden wird, vor allem dort, wo politische und soziale Teilhabe eingeschränkt sind. In 15 Jahren wird die Mehrheit der Menschen in Afrika in Städten wohnen, für die aber auch dort vermutlich ungerechte Lebensverhältnisse herrschen werden. Umfragen der Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen eines Projektes zur »gerechten Stadt« in Kenia und Uganda zeigen, dass mit einem Umzug in die Stadt hohe Erwartungen an die öffentliche Daseinsvorsorge verknüpft sind und dass die politische Frustration sich entsprechend erhöht, wenn politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe ausbleiben.

Der Mix aus Urbanisierung, Informalisierung und Marginalisierung durch Staaten, die nur für eine wohlhabende Elite funktionieren, wird in der nahen Zukunft eine der größten politischen Herausforderungen auf dem afrikanischen Kontinent sein. In Afrika steht eine junge und urbane Mehrheit mit einem Medianalter von knapp über 20 Jahren fast ausschließlich männlichen Staatschefs gegenüber, die ein Medianalter von 62 Jahren haben. Die derzeitige politische Eli-

te wird in vielerlei Hinsicht nicht die Zukunft des Kontinents sein. Das Dilemma für deutsche Afrikapolitik ist damit: Um kurzfristig Regionen oder Länder des Kontinents zu stabilisieren, erscheint oft eine Zusammenarbeit mit autokratischen Staatschef_innen und ihren Regierungsapparaten reizvoll. Diese Zusammenarbeit kostet aber Legitimität bei denen, die immer erfolgreicher gegen solche Autokrat_innen protestieren und die sich in absehbarer Zukunft auch an deren Unterstützer erinnern werden.

Eine zukünftig entscheidende Fragestellung deutscher Afrikapolitik ist, wie eine Zusammenarbeit mit heutigen Eliten aussehen kann, ohne dabei an Glaubwürdigkeit bei zukünftigen Eliten und der breiten Bevölkerung zu verlieren. Deutsche und europäische Außenpolitik wird daher die beliebte, aber abstrakte Forderung »Einbindung und Stärkung der Zivilgesellschaft« im eigenen Interesse genauer ausbuchstabieren müssen. Es gilt die Frage zu beantworten: Wie viel Verlust an Glaubwürdigkeit lässt sich zukünftig hinnehmen, um heute Regierungen zu unterstützen, die vermeintlich nationale oder regionale Stabilität garantieren, aber gleichzeitig legitimen Protest und politische Opposition mit gewaltsamen Mitteln unterdrücken, freie Wahlen verhindern und somit langfristige Stabilität verhindern?

WAS TUN?

Die Bundesregierung sollte sich zukünftig außen- und entwicklungspolitisch eindeutiger darüber abstimmen, wer als Partner nach welchen Kriterien priorisiert wird. Hilfreich kann dabei die oben genannte Orientierung an afrikanischen demokratischen Multilateralisten sein. Gleichzeitig sollte klarer als in der Vergangenheit als Kriterium das Vorhandensein demokratischer Spielräume für zivilgesellschaftliche Akteure benannt werden.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, die Zusammenarbeit mit dem afrikanischen Kontinent zivilgesellschaftlich besser einzubetten. Es würde sich lohnen, den Fokus weniger auf Investitionen, Migration und Terrorabwehr zu legen, sondern mehr auf politische und soziale Teilhabe derjenigen, die bisher bei den Regierungsverhandlungen zur zukünftigen Zusammenarbeit nicht am Tisch sitzen. Stärker als in der Vergangenheit ist eine solche Priorisierung als außenpolitisches Angebot zur verstärkten Zusammenarbeit zu begründen und nicht als Konditionalität für Entwicklungszusammenarbeit.

Zwei Dinge gilt es zu vermeiden: Gerade in der außenpolitischen Zusammenarbeit mit Subsahara-Afrika wird außenpolitische Hoffnung immer wieder personalisiert. Häufig folgt dann die Enttäuschung, wenn die vermeintlichen Reformer_innen letztlich tief verwurzelten strukturellen politischen Logiken folgen müssen, die Reformen erschweren. Wenn daher der nächste hoffnungsvoll stimmende Machtwechsel auf dem Kontinent von der internationalen Gemeinschaft euphorisch begrüßt wird, gilt es zukünftig genauer zu prüfen, was strukturell und institutionell getan werden muss, damit sich die Hoffnungen erfüllen. Gerade bei solch vermeintlich

positiven Veränderungen an der Staatsspitze gilt es daher, jene nicht aus den Augen zu verlieren, die die Hoffnungsträger_innen im Zweifelsfall demokratisch kontrollieren. Zum anderen darf Good Governance nicht länger als Ausrede für autoritäre Staatsführung in der Entwicklungszusammenarbeit durchgehen. Das beste Instrument für gute Regierungsführung ist Demokratie, die laut dem Umfrageinstitut Afrobarometer große Mehrheiten in Afrika auch für die beste Regierungsform halten (vgl. Mattes 2019). Demokratie ist auch das beste Mittel für langfristige Stabilität. Partner für Reform und Stabilität in Afrika aber können dann nur die sein, die auch abgewählt werden können und dies akzeptieren.

AUSBLICK – WO GEHT ES HIN?

Deutsche Afrikapolitik steht vor einem Übergang. Die primär entwicklungspolitische Partnerschaft mit dem afrikanischen Kontinent kommt an ihr Ende, die migrationspolitische Partnerschaft ist de facto keine, der Fokus auf ausländische Direktinvestitionen im Rahmen des »Compact with Africa« ist zu eng und eine breitere außenpolitische Partnerschaft ist noch in der Entwicklung. Die fünf dargelegten Impulse zeigen, dass Afrikapolitik zunehmend Querschnittsaufgabe für eine langfristig orientierte Kooperationspolitik ist, die nicht von einem Ressort der Bundesregierung alleine bespielt werden kann (Hornidge 2021). Afrikanische Regierungen sehen sich zunehmend als Partner für Außenpolitik, viele der dargestellten Herausforderungen sind aber gleichzeitig außen- und entwicklungspolitische, aber auch klimapolitische. Zivilgesellschaftliche Netzwerke in Europa und Afrika schauen hingegen gleichermaßen auf die europäische wie die afrikanische Klima- und Handelspolitik. Hierauf einzugehen und glaubwürdige Angebote zu machen, ist Aufgabe der EU. Weil diese aber intern zunehmend uneinig ist, kommt es mehr denn je auf Impulse aus den Reihen der Mitgliedsstaaten an. Deutschland, das von der multilateralen Ordnung profitiert und sie unterstützt, kann als an Dialog und Krisenprävention orientierte »Mitführungsmacht« (vgl. Lübckemeier 2021) in Europa solche wichtigen Impulse setzen. Diese wären, nochmals kurz zusammengefasst:

- Dringende Exportförderung von Impfdosen aus dem globalen Norden und gleichzeitige Unterstützung für den Aufbau von Impfproduktion in Afrika, um Long Covid in Afrika und neue Virus-Mutationen zu vermeiden;
- Stärkere außen- und entwicklungspolitische Orientierung an multilateral orientierten Demokratien und deren Zivilgesellschaften in Afrika, um Stabilität zu fördern;
- Entschuldung an zivilgesellschaftlicher Teilhabe ausrichten, nicht an fiskalpolitischer Austerität, und den dezentralen Zugang zum Grünen Klimafonds für die prioritäre Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen verbessern mit einem Fokus auf den urbanen Raum, um soziale Teilhabe in Afrika in Zeiten der Klimakrise zu ermöglichen;

- Dialog-Initiativen auf lokaler Ebene, auch mit Fraktionen bewaffneter Akteure, und gleichzeitig Peacekeeping zur Einhegung von militärischen Konflikten unterstützen, um »Forever Wars« in Afrika zu vermeiden;
- Weniger auf vermeintliche Hoffnungsträger_innen ausgerichtete Personalisierung von politischer Hoffnung, mehr Zusammenarbeit mit denen, die zukünftig wichtig werden und heute protestieren, um zukünftige Glaubwürdigkeit zu stärken.

LITERATUR

Afrik21 (10.3.2021): Climate Change will cause a 15% drop in GDP by 2030: <https://www.afrik21.africa/en/africa-climate-change-will-cause-a-15-drop-in-gdp-by-2030> (aufgerufen am 20.10.2021).

Centre for Global Development (11.6.2021): Vaccinate the World: <https://www.cgdev.org/article/new-york-times-morning-briefing-vaccinate-world> (aufgerufen am 20.10.2021).

FES AU (2020): The APSA We Want: Scenarios for the African Peace and Security Architecture in 2040: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/fes-ua/16687-20201110.pdf>.

FES Mali: MALI METRE – Le sondage de la FES au Mali: <http://www.fes-mali.org/index.php/mali-metre>.

Germanwatch (2021): Global Climate Risk Index »The 10 most affected countries in 2019«: https://germanwatch.org/sites/germanwatch.org/files/2021-01/crri-2021_table_10_most_affected_countries_in_2019.jpg (aufgerufen am 20.10.2021).

Hansen, Annika S. / von Gienanth, Tobias (2021): Sahelistan: Mali ist nicht Afghanistan. Wir müssen uns davor hüten, die Lehren vom Hindu-Kusch pauschal auf internationale Friedenseinsätze zu übertragen (19.09.2021). IPG der Friedrich-Ebert-Stiftung: https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/sahelistan-5427/?utm_campaign=de_40_20210917&utm_medium=email&utm_source=newsletter.

Hornidge, Anna-Katharina (2021): Ein Ministerium fürs Globale. Frankfurter Rundschau, 15.08.2021: <https://www.fr.de/meinung/gastbeitraege/ein-ministerium-fuers-globale-90922177.html> (aufgerufen am 20.10.2021).

Kappel, Robert (2021): Africa's Employment Challenges – The Ever-Widening Gaps. Oktober 2021. Friedrich-Ebert-Stiftung: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/18299.pdf> (aufgerufen am 20.10.2021).

Lübke-meier, Eckhard (2021): Auf Deutschland kommt es an. Berlin muss Mitführung übernehmen für ein Europa mit globaler Gestaltungsmacht, in: Günther Maihold / Stefan Mair / Melanie Müller / Judith Vorrath / Christian Wagner (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik im Wandel. Unstete Bedingungen, neue Impulse, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, S. 17–20: <https://www.swp-berlin.org/publikation/deutsche-aussenpolitik-im-wandel> (aufgerufen am 20.10.2021).

Maihack, Henrik (2019): Die neue Macht der Städte. Wie Afrikas wachsende Städte die Politik auf den Kopf stellen und über die Zukunft des Kontinents entscheiden. 10.10.2019. IPG der Friedrich-Ebert-Stiftung: <https://www.ipg-journal.de/regionen/afrika/artikel/die-neue-macht-der-staedte-3784/> (aufgerufen am 20.10.2021).

Mattes, Robert (2019): Democracy in Africa: Demand, supply, and the ›dissatisfied democrat‹ (2019). Policy Papers No. 54 von Afro Barometer: <https://afrobarometer.org/publications/pp54-democracy-africa-demand-supply-and-dissatisfied-democrat> (aufgerufen am 20.10.2021).

Müller, Melanie / Vorrath, Judith (2021): Zwischen Krieg und Frieden: Ansätze für ein schärferes Profil Deutschlands in der Krisenprävention in Subsahara-Afrika, in: Günther Maihold / Stefan Mair / Melanie Müller / Judith Vorrath / Christian Wagner (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik im Wandel. Unstete Bedingungen, neue Impulse, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, S. 93–96: <https://www.swp-berlin.org/publikation/deutsche-aussenpolitik-im-wandel> (aufgerufen am 20.10.2021).

New York Times (17.9.2021): The Ezra Klein Show, Transcript: Ezra Klein Interviews Adam Tooze: <https://www.nytimes.com/2021/09/17/podcasts/transcript-ezra-klein-interviews-adam-tooze.html> (aufgerufen am 20.10.2021).

Öhm, Manfred / Traub-Merz, Rudolf (2021): Zugang zu Gesundheitsversorgung in Afrika: Wunsch der Menschen in der informellen Arbeit: <https://www.fes.de/themenportal-die-welt-gerecht-gestalten/artikel-in-die-welt-gerecht-gestalten/zugang-zu-gesundheitsversorgung-in-afrika-wunsch-der-menschen-in-der-informellen-arbeitswelt> (aufgerufen am 20.10.2021).

People's Coalition for the Sahel: <https://www.sahelpeoplescoalition.org/home>.

Selormey, Edem (2020): Africans' perceptions about China: A sneak peek from 18 countries. 3.9.2020: https://afrobarometer.org/sites/default/files/afrika-china_relations-3sept20.pdf (aufgerufen am 20.10.2021).

Tax Justice Network Africa: Tax And The International Financial Architecture: <https://taxjusticeafrica.net/outreach/tax-and-the-international-financial-architecture/> (aufgerufen am 20.10.2021).

Tull, Denis M. / Zilla, Claudia (2021): Den Worten Taten folgen lassen: Außenpolitik gegenüber Afrika und Lateinamerika, in: Günther Maihold / Stefan Mair / Melanie Müller / Judith Vorrath / Christian Wagner (Hrsg.): Deutsche Außenpolitik im Wandel. Unstete Bedingungen, neue Impulse, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, S. 53–56: <https://www.swp-berlin.org/publikation/deutsche-aussenpolitik-im-wandel> (aufgerufen am 20.10.2021).

ÜBER DEN AUTOR

Henrik Maihack leitet das Referat Afrika der Friedrich-Ebert-Stiftung, zuvor leitete er die FES-Projekte in Kenia, im Südsudan, in Ruanda und in Bangladesch. Er ist Politikwissenschaftler.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
Deutschland
E-Mail: info@fes.de

Registernr.: VR2392
Vereinsregister Bonn
Amtsgericht Bonn

Vorsitzender: Martin Schulz

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied:
Dr. Sabine Fandrych

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion:
Henrik Maihack | Leiter des Referats Afrika
Tel.: +49-30-269-35-7440 | Fax: +49-30-269-35-9217
<https://www.fes.de/referat-afrika/>

Kontakt / Bestellung:
Konstanze.Lipfert@fes.de

Gestaltung: pertext, Berlin | www.pertext.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden. Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.

ISBN 978-3-98628-016-1

© 2021

